

**Projektland: Ungarn****Quartal/Jahr: Oktober - Dezember  
2010**

- **Fidesz hat den Triumph vom Frühjahr in den Kommunalwahlen wiederholt**
- **Ministerpräsident Orbán kann sich nun auf eine „doppelte Zweidrittelmehrheit“ stützen**

Zum Quartalsbeginn hat **Fidesz** bei den Kommunalwahlen das hervorragende Ergebnis der Parlamentswahlen wiederholen können. Die Partei hat in Koalition mit KDNP (Christdemokraten) am 3. Oktober 2010 fast alle Posten gewonnen. Für die Sozialisten (**MSZP**) war das Ergebnis eine katastrophale Niederlage. Auch wegen des neuen Wahlsystems ist ihre Vertretung im Kommunalbereich stark zurückgegangen, von den 3167 Bürgermeistern des Landes besetzen sie jetzt kaum 50 Bürgermeisterstühle. Die rechtsradikale Partei **Jobbik** kann mit dem einzigen Bürgermeister auch eindeutig zu den Verlierern gezählt werden.

Die „Ökopartei“ **LMP** hat im Vergleich zum Frühjahr ebenso Verluste einbüßen müssen, sie konnte vor allem nur in Budapest Kandidaten aufstellen, denn die relativ junge Partei ist an der Basis noch nicht richtig verwurzelt. Den wichtigsten Posten in der ungarischen Kommunalpolitik hat auch ein Fidesz-KDNP Kandidat gewonnen, der neue Oberbürgermeister von Budapest heißt **István TARLÓS**. In 19 der 23 Stadtbezirke von Budapest hat der Fidesz-Kandidat gewonnen. Die Komitatsparlamente hat auch eindeutig Fidesz gewonnen. Nach dem wiederholten Triumph der Parlamentswahlen, bleibt der Regierung nichts übrig, als ihr Programm weiter zu verwirklichen. Das Zweidrittelmandat der Bevölkerung gab Fidesz Hoffnung und die Legimitation neue Strukturen zu erarbeiten und die dazu notwendigen, teilweise bisher auch ungewöhnliche Maßnahmen einzuleiten.

Der Jubel über den Sieg wurde gleich am Tag darauf getrübt. Durch das Bersten des Schlammbehälters der Aluminiumfabrik MAL AG in Ajka (Westungarn) wurden drei Ortschaften mit einer Million Kubikmeter Rotschlamm verseucht. Das äußerst giftige Material drang in die Häuser von Kolontár, Devercsér und Somlóvásárhely ein und verursachte den Tod von zehn Menschen, Verbrennungsverletzungen bei mehreren Hundert Personen und eine ökologische Katastrophe auf einer Fläche von 40 Tausend Quadratkilometern.

Das vierte Quartal war von der Vorbereitung auf den turnusmäßigen Vorsitz der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2011 geprägt. **Orbán** hat, neben der Vertiefung der „Östlichen Partnerschaft“, zum Beispiel auch die Ausarbeitung einer einheitlichen europäischen Roma-Strategie vor. Zwei Hauptthemen der ungarischen Ratspräsidentschaft sind die Donau-Strategie und das eventuelle Debüt der gemeinsamen Wirtschaftsregierung der Union. Wichtigstes Ziel in Ungarn ist bis dahin die Verabschiedung des Budgets und das Streben zur Erreichung des Budgetzieles, bzw. die Einhaltung des Haushaltsdefizits für 2010 – 3,8 Prozent des BIP. Dies war die Priorität der Orbán Regierung bei den Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt den Erwartungen der EU gerecht zu werden.

Dank vorzüglicher Öffentlichkeitsarbeit der Regierung zur EU-Ratspräsidentschaft wurden die Beziehungen zwischen der EU und Ungarn aufgewertet. Die Anzahl derer, die die EU-Mitgliedschaft positiv beurteilen wuchs von 36 auf 46%. Die Anzahl derjenigen, die die Mitgliedschaft als nachteilig beurteilen, sank von 50 auf 42%:

Kurz vor Weihnachten hatte die Regierung Orbán ein neues Mediengesetz verabschiedet, das in den Augen der Opposition und vor allem ausländischer Kommentatoren sowie Politiker eine Verletzung der Pressefreiheit bedeutet. Angesichts der scharfen Kritik aus dem westlichen Ausland wurde das Mediengesetz von der Regierung ins Englische übersetzt, damit die Europäische Union das Gesetz auf die Konformität zu Grundsätzen der EU (Lissabon Vertrag) überprüfen kann. Es ist anzunehmen, dass die negativen Auswirkungen des Mediengesetzes den Euroskeptizismus langfristig erhöhen werden, wenn Ungarn der heftigen Kritik nicht entgegenwirken kann. Der stellvertretende Ministerpräsident **Navracsics**, meint, dass im Hintergrund der ausländischen Kritiken gewisse Kreise der ungarischen Intelligenz zu vermuten sind. Er versicherte der Öffentlichkeit, wenn die EU das ungarische Mediengesetz an verschiedenen Stellen beanstandet, sollten auch die Mediengesetze anderer EU-Mitgliedsländer auf diese Stellen hin überprüft werden. Nach dieser Überprüfung werde die Orbán-Regierung das ungarische Mediengesetz auch überdenken. Laut Fidesz kam es zu diesen Missverständnissen nur wegen fehlender Informationen und Unkenntnis des Gesetzestextes.

Die Kritiker beanstanden, dass der neu aufgestellte Medienrat einseitig sei, weil er ausschließlich aus Fidesz Mitgliedern besteht. Er verfügt über die Kompetenz einer Behörde und kann somit Strafen nach eigenem Ermessen aussprechen. Eine weitere angebliche Verletzung der Pressefreiheit ist die Kontrolle von Internetmedien und Blogs. Der Schutz der Informationsquellen von Journalisten sei auch nicht gewährleistet. Ferner sei die Unabhängigkeit der Nachrichten verletzt, weil nur noch aus begrenzten Quellen berichtet werden darf.

MSZP und LMP wenden sich an das Verfassungsgericht. Die bisher durchgeführten Demonstrationen stießen auf wenig Resonanz seitens der Bevölkerung, und damit ist auch in der Zukunft zu rechnen.

Der politische Frühling 2011 wird in Ungarn nicht nur von der turnusgemäßen EU-Ratspräsidentschaft geprägt sein.

Orbán hat sich fest vorgenommen von seiner Zweidrittelmehrheit Gebrauch zu machen und ein neues Grundgesetz zu verabschieden. Die Oppositionsparteien nehmen am Verfassungsgebungsprozeß nicht Teil, denn sie meinen, dass ihre Stimmen kaum zu hören seien. So ist es zu erwarten, dass das neue Grundgesetz (Verabschiedung voraussichtlich Ende April) ein reines Fidesz-Gesetz sein wird. Als Vorsorgemaßnahme wurden die Befugnisse des Verfassungsgerichtes beschnitten, nachdem es ein Gesetz über die Besteuerung der Abfindungen von Staatsbediensteten als verfassungswidrig erklärte.

Zur weiteren Empörung gegen die Orbán-Regierung führte, dass der Wirtschaftsminister Matolcsy ankündigte, die Einzahlungen von rund drei Millionen Menschen in die Privatrentenkassen ein Jahr lang einzubehalten, um das Budgetdefizit zu senken. Inzwischen beschloss die Orbán-Regierung, diese zweite Säule des Rentensystems einschrumpfen zu lassen und forderte die drei Millionen Menschen auf, bis zum 31. Januar 2011 in die staatliche Rentenkasse zu wechseln. Orbán will mit diesem Geld Budgetlöcher stopfen. Allerdings ist dadurch der Idee der Selbstvorsorge nicht Genüge getan. Eine beruhigende, alternative Rentenstrategie wurde vorerst nicht aufgezeigt. Allerdings zeigt die Bevölkerung hier wenig Reaktion, geschweige denn Empörung.

Umso mehr lassen führende Firmen ihre Stimme gegen die horrende Sondersteuer für Handelsketten, Telekommunikationsunternehmen und Energiebetriebe hören. Ferner soll die Erhebung der Banksteuer helfen, Budgetlöcher zu stopfen. Ob diese Maßnahmen langfristig positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum oder auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Ungarns haben werden, ist heute nicht absehbar.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
 AUTOR: RENÁTA FIXL  
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
 TEL.: +49 (0)89 1258-369 – FAX:+49 (0)89 1258-359  
 E-MAIL: HSA@HU.INTER.NET – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
 ERSTELLT AM: 19. JANUAR 2011